ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 55/56
GRUNDSTÜCKE

Nummer 179

Berliner Börsen-Zeitung

Abendausgabe · Preis 200 Mk. | 68. Jahrgang | Mittwoch, 18. April 1923

Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR. 14

Zur Rede Dr. Stresemanns.

Ablehnung rechts, Zustimmung links. — Die französische und englische Presse befriedigt.

☞ Eine abschließende Würdigung der außenpolitischen Erörterung im Reichstage wird erst nach ihrem Abschluß in der heutigen Sitzung möglich sein. Deshalb sei zunächst nur verzeichnet, daß die Presse der Rechten mit der gestrigen großen Rede des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, ebenso unzufrieden ist wie die Presse der Linken befriedigt erscheint. Die „Kreuzztg." erklärt, im Gegensatz zu anderen Blättern ihrer Richtung fürs erste noch zurückhaltend, Stresemann habe sich der bürgerlichen Koalition „verpflichtet". Die „Deutsche Tagesztg." ist sehr bedenklich gestimmt, daß der deutschvolksparteiliche Sprecher die Ausführungen des Abg. Müller-Franken „beachtlich" finde, und die „Deutsche Zeitung" überschreibt ihr Stimmungsbild „Herr Stresemann erfüllt!" Dabei muß man sich erinnern, daß Dr. Stresemann in seiner Rede das deutschvölkische Organ aus außenpolitischen und taktischen Gründen geradezu hat, weil es aus der Rede des Ministers v. Rosenberg den Schluß gezogen hatte: Deutschland wird nicht zahlen!

Weit bedeutsamer als die Kritik von rechts dürfte innenpolitisch aber die Zustimmung von links sein. Die „Vossische Ztg." nennt seine Rede das Ereignis des Tages, Stresemann habe als Chef einer Regierungspartei gesprochen und als Chef der Regierung gehandelt. Aehnlich schreibt der „Vorwärts", daß Stresemanns Ausführungen den Höhepunkt der gestrigen Debatte gebildet hätten und durch das Maß ihres realpolitischen Sinns überraschten. „Zwischen ihr und der Rede des Genossen Müller ergaben sich zahlreiche Berührungspunkte, ja, man kann sagen, daß Stresemann in seinen sachlichen Ausführungen kaum noch die Mitte zwischen Rosenberg und Müller hielt, sondern daß er sich schon eher den Zweiten näherte. Man gewann den Eindruck, daß die Regierung den ganzen Reichstag, abgesehen von den Deutschnationalen und den Kommunisten, hinter sich haben wird, wenn sie sich entschließt, nach dem sozialdemokratischen Vorschlag zu handeln und mit einem klaren Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage hervorzutreten."

Auffallend günstig urteilt die Presse Frankreichs und Englands in den Telegrammen ihrer Berliner Vertreter: Der Korrespondent des „Petit Parisien" erklärt, es sei aufgefallen, daß die Rede Stresemanns besonders von den Sozialdemokraten freundlich aufgenommen worden sei. In Berliner parlamentarischen Kreisen habe man gestern abend von der Möglichkeit einer neuen großen Koalition gesprochen, mit einem Sozialdemokraten als Reichskanzler und Stresemann als Minister des Aeußeren. Der Korrespondent des „Echo de Paris" schreibt, die Rede Stresemanns bedeute einen kleinen Fortschritt. Seine Ausführungen hätten jedoch mehr Wert gehabt, wenn sie Herr v. Rosenberg gemacht hätte. Jedoch dränge sich die Bemerkung auf, daß die Meinungen, die die Führer der Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteiler im Reichstag geäußert hätten, in den wichtigsten Punkten von den durch Cuno oder Rosenberg geäußerten Gedanken abweichen. Das Kabinett Cuno vertrete anscheinend nicht mehr die Meinung der parlamentarischen Kreise der Mitte. Es sei dies eine Feststellung, die in den kommenden Wochen voraussichtlich immer mehr zutage treten werde. Die Führer der Sozialisten, Demokraten und Volksparteiler hätten in ihren Reden darauf hingewiesen, daß die augenblickliche Politik geändert werden müsse. Aber es würde ihnen durch Worte allein nicht gelingen, eine Neuorientierung der Politik herbeizuführen. Der Korrespondent des „Matin" bemerkt, daß man in Berliner politischen Kreisen vielfach darauf hingewiesen habe, daß Stresemann eine viel gemäßigtere und positivere Rede gehalten habe als Rosenberg. Die Erläuterungen, die er zu den Erklärungen des Ministers des Aeußeren gegeben hätte, wären zweifellos mit Billigung der Regierung erfolgt, und es sei zu bemerken, daß er sich mehrmals so ausgedrückt habe, als ob er im Namen des deutschen Volkes spräche.

Der Berichterstatter der „Times" schließlich sandte seinem Blatte einen ausführlichen Bericht über die Rede Stresemanns, die er als interessanten Beitrag zur Reichstagsaussprache über die Rede Rosenbergs bezeichnet. Der Berliner Berichterstatter der „Daily News" nennt Stresemann den weitaus fähigsten der heutigen deutschen Politiker.

Französischer Patentraub.

eca Paris, 18. April.

Nach einer Bestimmung des § 6 des Versailler Vertrages können Patente, die deutschen Untertanen gehören, vom französischen Staat beschlagnahmt werden, wenn es das nationale Interesse verlangt. Auf Grund dieses Artikels ist gestern eine aus 10 Mitgliedern bestehende Kommission zusammengetreten, um die Anwendungsmöglichkeit dieser Bestimmung zu prüfen. Die erste Sitzung der Kommission beschäftigte sich mit dem Patent Meißner, das für die Radio-elektrischen Versuche von großer Bedeutung ist. Die Kommission beschloß mit 9 Stimmen gegen eine Stimmenthaltung den Wunsch auszusprechen, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages auf dieses Patent angewendet wird, und daß Verträge über Ausbeutungsrechte, die etwa zwischen dem deutschen Patentinhaber und französischen Bürgern bestehen, für null und nichtig erklärt werden. Die Kommission hat ferner den Wunsch geäußert, daß die Verwertung der Zeugen französischen Konstrukteuren, die darum ersuchen, gestattet werden. Die für die Ausbeutung dieser Patente erhobenen Gebühren werden der Reparations-Kasse der zerstörten Gebiete zufließen. Eine zweite Sitzung der Kommission wird in allernächster Zeit stattfinden, um über eine große Anzahl anderer deutscher Patente, die nach ihrer Auffassung unter den genannten Artikel des Versailler Vertrages fallen, zu entscheiden.

Das Ausland über Rosenbergs Rede.

„Ein guter Anfang."

Weitere englische Pressestimmen.

London, 18. April.

Mehrere Blätter kommen heute auf die Reichstagsrede des Reichsministers Dr. v. Rosenberg zurück, die „Daily Telegraph" nachträglich in einem langen Auszug veröffentlicht. „Times" befaßt sich in einem Leitartikel mit den Reden Poincarés und Rosenbergs gemeinsam und schreibt, es würde schwierig sein, in einer der beiden Reden eine Ermutigung für irgendwelche rosigen Hoffnungen zu finden. Zu der Erklärung Poincarés, die britische Meinung in bezug auf das Ruhrgebiet ändere sich und werde günstiger für Frankreich, stellt „Times" fest, daß im Gegenteil die tiefe Besorgnis, die in Großbritannien durch den französischen Vormarsch in das Ruhrgebiet hervorgerufen worden ist, infolge der Zwischenfälle und der bisherigen geringen Ergebnisse noch zugenommen hat. Man hätte gewünscht, daß die Aeußerungen der Staatsmänner Frankreichs und Deutschlands eine klare Andeutung über die Möglichkeit von Verhandlungen enthalten hätten, die den Kriegszustand zu mildern geeignet wären, der immer schwerer auf dem Ruhrgebiet lastete und die Wiederherstellung Europas behindere. Dr. v. Rosenberg habe keine greifbare Andeutung darüber gegeben, was Deutschland schließlich zu zahlen bereit wäre. Rosenbergs Rede stelle keinen wirklichen Fortschritt gegenüber früheren Aeußerungen der deutschen Regierung dar. Vielleicht sei eine geringe Ermutigung in der Tatsache zu erblicken, daß Poincaré und Rosenberg es für notwendig hielten, im gegenwärtigen Augenblick überhaupt etwas zu sagen. Es seien Anzeichen für ein wachsendes Unbehagen in der öffentlichen Meinung beider Länder vorhanden und dafür, daß beide Teile der ganzen unglücklichen Angelegenheit herzlich überdrüssig würden. Aber weder Poincaré noch Rosenberg hätten die Gelegenheit wahrgenommen, um einen wirksamen Beitrag zur Debatte beizusteuern. Es sei jedoch in beiden Reden eine geringe Richtungsänderung wahrnehmbar, und es könne sein, daß diese sehr entfernte und indirekte Art der Erörterung allmählich unter dem Druck einer umhüllenden öffentlichen Meinung zu etwas gebracht werde, was erspriißlichen Verhandlungen näher komme.

„Daily News" schreibt, das Angebot Rosenbergs sei wenigstens eine Sondierung für eine praktische Erörterung.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" führt aus, die weiteren Eindrücke, die Rosenbergs Rede in britischen Kreisen hervorrufe, seien nicht optimistischer als die ersten. Das „Angebot" von 30 Milliarden Goldmark werde angesichts der augenblicklichen Stimmung Frankreichs und Belgiens praktisch für ungangbar gehalten.

„Westminster Gazette" schreibt dagegen, so versuchsweise Rosenberg auch die Summe von 30 Milliarden Goldmark erwähnt habe, so müsse dieser Schritt doch als **ein deutscher Fortschritt** in der Richtung auf **eine Reparationsregelung** gewertet werden. Es wäre aber besser gewesen, wenn Rosenberg sein Angebot mit weniger Reserve gemacht und einen Plan dargelegt hätte, der den bekannten Forderungen Frankreichs mehr entgegengekommen wäre. Es bedeute jedoch einen Fortschritt, daß er in seiner Erklärung eine Summe, die, wie man wisse, in naher Beziehung zu dem Betrage stehe, den man vernünftigerweise von Deutschland erwarten könne, genannt habe. Die deutsche Regierung könne nicht verfehlen, Prestige in den Augen der Welt zu gewinnen, wenn sie auf diesem Wege weiter schreite und ihr Angebot ausarbeite. Es sei auch wichtig, daß der deutsche Außenminister die Ansichten der deutschen Regierung über die Pläne bekannt gegeben habe, die in verschiedenen Ländern mit Bezug auf die Zukunft des Rheinlandes erörtert würden. Gewisse unverantwortliche Leute neigten dazu, eine vollständig verkehrte Auffassung über die Stellung Englands in der Frage zu hegen. Es unterliege keinem Zweifel, daß **keine Partei es wage, die Unterstützung Großbritanniens für einen Plan zu versprechen, der eine neue Irredenta am Rhein schaffen würde.** Wenn Deutschland den Plan für eine Uebertragung administrativer Rechte verwerfe, so würde es England oder ein anderes Land höchste Torheit sein, ihn anzunehmen. Ihn auf den Völkerbund abzuladen, würde einen vollständigen Verzicht an dem einzigen hoffnungsvollen Element in der politischen Welt bedeuten. **Außerdem könne man nur erklären, daß Deutschland vollkommen im Rechte sei, wenn es sich der Abtrennung seines Gebiets widersetze.** Dem deutschen Volke müsse gestattet sein, sein eigenes politisches Schicksal zu entscheiden. Das deutsche Volk selbst zwinge seiner Regierung die Notwendigkeit auf, eine Politik zu treiben, die der augenblicklichen Lage im Ruhrgebiet begegne. Dieser Abnutzungskrieg könne nicht unbeschränkt fortdauern, ohne Frankreich ebenso wie Deutschland selbst Unheil zu bringen. Jedermann müsse erkennen, daß eine gewährte Stellungnahme bessere Aussichten für die Zukunft biete, als ein späterer ohnezweifel Sieg. Die von Rosenberg genannte Summe komme der Loucheur zugeschriebenen Summe nahe genug, um Verhandlungen zu ermöglichen. Es sei wahrscheinlich nicht die letzte Veranschlagung, und unter gewissen Bedingungen könne Deutschland möglicherweise den Betrag erhöhen. Es dürfe außerdem nicht vergessen werden, daß das Nennen einer Summe, selbst wenn sie annehmbar sei, nicht die Lösung der ganzen Frage bedeute. Es könne nicht erwartet werden, daß sich Frankreich mit Vorschlägen allein zufrieden gebe. Der deutsche Außenminister habe einfach einen guten Anfang gemacht. Es sei zu hoffen, daß er wieder sprechen werde, und zwar in konkreteren Ausdrücken. Wenn er es tue, so werde er nicht tauben Ohren predigen.

Brüsseler Urteil: Ein Schritt vorwärts.

EE Paris, 18. April.

Der Brüsseler Korrespondent des „Oeuvre" sagt in offiziellen Kreisen Erkundigungen über die Auffassung der Rede Dr. von Rosenbergs ein und erfuhr folgendes: Unter gewissen Einflüssen hauptsächlich aus Finanzkreisen versucht Deutschland, mit den Alliierten zu sprechen, doch will es feste Vorschläge zweifellos als Eigenliebe nicht machen. Aber Deutschland streckt Fühler aus. In der Rede des Außenministers Rosenberg war von Angebotene des Staatssekretärs Bergmann, die für die Pariser Januarkonferenz bestimmt waren, zum ersten Male die Rede. Der deutsche Gesandte in Brüssel Landsberg und der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer begaben sich damals zum belgischen Außenminister Jaspar bzw. zu Peretti della Rocca auf dem Quai d'Orsay und teilten ihnen mit, daß die deutsche Regierung den Wunsch habe, der Pariser Konferenz Reparationsvorschläge zu machen. Auf Seiten der Alliierten zeigte man sich geneigt, sie anzuhören, aber nur unter der Bedingung, daß die Vorschläge schriftlich überreicht würden. Dieser Forderung trug Dr. Bergmann keine Rechnung (!?). Sie war aber durchaus berechtigt, da Poincaré und Bonar Law ihre Vorschläge gleichfalls schriftlich aufgezeichnet hatten. Wenn Deutschland im Januar ernstliche Verhandlungen führen wollte, so hätte es ebenfalls schriftliche Vorschläge überreicht. Indem aber Deutschland sein Projekt nunmehr öffentlich darlegt, macht es einen Schritt nach vorwärts. Der Korrespondent des „Oeuvre" fügt hinzu, daß man sich in Brüsseler offiziellen Kreisen über den Inhalt des Bergmannschen Projektes größte Reserve auferlegt.

Der Widerhall in Rom.

Rom, 17. April.

Trotz innerer Diskussionen im Anschluß an den Popularitätskongreß werden die Reden Poincarés und des Reichsministers Dr. v. Rosenberg, besonders die letztere, von allen Blättern gebracht und wichtige Stellen darin durch Zwischentitel und Fettdruck hervorgehoben; kommentiert wurde bislang jedoch nur wenig. Die „Idea Nazionale" führt aus, Poincaré sei offen über den Versailler Vertrag hinausgegangen durch seine politischen und territorialen Forderungen; das habe Rosenberg sofort aufgegriffen und dazu erklärt, eine Wirtschaftseinigung mit Frankreich sei möglich, neue territoriale Forderungen jedoch unannehmbar. Auch für Italien und England seien solche Forderungen Poincarés unannehmbar. „Corriere d'Italia" betont, Rosenberg habe im Gegensatz zu Poincaré die Reparationen wieder auf wirtschaftlichen Boden gestellt. „Giornale di Roma" bezweifelt, daß Poincaré bei seinen Behauptungen England auf seiner Seite habe. „Voce republicana" führt aus, Deutschland könne nichts gutes, solange sein Wirtschaftszentrum gelähmt sei. Eine neue Konferenz sei notwendig, auf der ein neuer Vertrag von einem freien und unabhängigen Deutschland unterschrieben werden müsse.

Was kann Deutschland leisten?

Die internationale Aussprache über die Regelung des Reparationsproblems zeigt, soweit sie unter französischem Einfluß sieht, erneut die Tendenz, Deutschland auf einen Zahlungsplan mit endgültig fixierten Ziffern zu verpflichten. Dabei geht die von Frankreich propagierte Auffassung grundsätzlich von jener Durchbrechung der für die Reparationsfrage rechtsverbindlichen Abmachungen aus, auf denen alle nach dem Waffenstillstandsabkommen getroffenen reparationspolitischen und reparationswirtschaftlichen Entscheidungen, insbesondere die Fixierung der deutschen Gesamtschuld im Londoner Zahlungsplan beruhen. Frankreich zeigt bis zur Stunde nirgends das Bestreben, eine Politik zu führen, die seinen Wiederaufbau erleichtert, ihm die für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete notwendigen Zahlungsmittel und Sachleistungen zuführt. Jeder Gedanke eines heute mit neuen endgültig fixierten Zahlen arbeitenden Reparationsplanes enthält in seinem inneren Kern etwas Unannehmbares und Urdurchführbares und dieses ist der Grund, warum Frankreich gerade diese Pläne und Gedankengänge in der internationalen Diskussion fördert. Denn Frankreich will die reparationswirtschaftlichen Dinge derart ordnen, daß es unter dem Mantel seiner moralischen Forderung nach der Wiederherstellung der Kriegszerstörungen sich die dauernde Möglichkeit sichert, seine von seiner eigenen Volkswirtschaft nicht zu ertragende militaristische Rüstung auf der Grundlage zu festigen, die sich aus der Verkoppelung seines Eisens mit der Ruhrkohle ergibt.

Es ist sicher, daß Deutschland alles zu tun hat, um seine Verhandlungsbereitschaft und seine Erfüllungswilligkeit zu beweisen. Aber es ist falsch, als Beweismittel solcher Bereitschaft und solchen Willens die Aufstellung fixierter deutscher Zahlungspläne zu verlangen. Denn in jedem auch von Deutschland heute aufzustellenden Zahlungsplan liegt die Gefahr seiner Undurchführbarkeit und Unerfüllbarkeit. Jeder auch von uns aus aufgestellte Zahlungsplan krankt im wesentlichen daran, daß er auf spekulativen Schätzungen über volks- und weltwirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten aufgebaut ist, krankt daran, daß die Voraussetzungen für ein klares, eindeutiges kaufmännisches Erkennen der Ertragsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Periode der Geldentwertung zerstört sind.

Wir müssen uns in Deutschland über folgendes klar sein: Das, was wir tatsächlich leisten können, wird durch drei Faktoren bestimmt. Der erste Faktor ist die Aufnahmewilligkeit des Auslandes gegenüber den von Deutschland zu exzielenden Produktionsüberschüssen, die es auf dem Weltmarkt zur Schaffung reparationswirtschaftlicher Leistungsmöglichkeit unterzubringen versuchen muß. Der Grad dieser Aufnahmewilligkeit des Auslandes wird daran zu messen sein, ob und inwieweit die Wirtschaften aller Länder bereit sind, die einseitigen handelspolitischen Vergewaltigungen gegenüber Deutschlands Wirtschaft, die durch den Versailler Vertrag geschaffen wurden und die dann späterhin auch in der überwiegenden Zahl der andern Länder durch das System der Dumpingzölle usw. errichtet wurden, fallen zu lassen. Nur durch diese praktische Beweisführung für die Aufnahmemöglichkeit der deutschen produktionswirtschaftlichen Ueberschüsse können die Wege für die deutsche Reparationsleistung, für Ordnung der gesamten internationalen Schuldverknüpfungen und damit für Ordnung des gesamten weltwirtschaftlichen Chaos geebnet werden.

Der zweite Faktor ist die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Es ist gar nicht daran zu denken, daß in absehbarer Zeit durch die wirtschaftliche Entschlossenheit weltwirtschaftlichen Neulandes die Konsumtionsfähigkeit des Weltmarktes gesteigert werden kann. Es ist leider gar nicht damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit die Ausfuhrmöglichkeiten Deutschlands quantitativ und daher auch bei Stabilisierung seiner Währung und Einordnung seiner gesamten Preisgestaltungen in die Preisgestaltungen des Weltmarktes hinsichtlich der Wertziffern nur annähernd den Umfang der Vorkriegszeit erreichen, da die gesamte Konsumkraft des Weltmarktes etwa auf zwei Drittel der Vorkriegszeit gesunken ist und da weiterhin insbesondere in den Rohstoffverschiebungen (Vereinigte Staaten von Amerika, Indien, Canada usw.) während der Kriegszeit sich eine außerordentliche Steigerung der industriellen Eigenverarbeitung angebahnt und durchgesetzt hat. Dieser Schlage muß man sich völlig bewußt bleiben und diesen Grenzen und auch den unausbleiblichen weltwirtschaftlichen Krisenzuständen bei der Wiederherstellung der Neuordnung des ganzen Weltmarktes in der Beobachtung der deutschen reparationswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gebührende Beachtung schenken.

Der dritte Faktor ist der Grad der Anleihebereitschaft bei den Beiträgen Betracht kommenden finanzkräftigen Nationen. Zweifellos ist die Anleihebereitschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika im letzten halben Jahr wesentlich gewachsen. Die Stellungnahme des für die in Betracht kommenden amerikanischen Wirtschaftskreise ausschlaggebenden amerikanischen Bankierverbandes hat seit seiner letzten Hauptversammlung vom Oktober 1922 bis jetzt zur Fühlung der amerikanischen Wirtschaftsbereitschaft auf dem internationalen Handelskammerkongreß in Rom eine wesentliche Veränderung und Klärung erfahren. Man mag jetzt in Frankreich und bei dem Versuch einer Sonderverständigung zwischen Frankreich und England noch so viele Zahlungspläne nennen, man mag auch eventuell aus diesen oder jenen Kreisen Deutschlands noch so viele ungeheure Schätzungen für deutsche Zahlungsmöglichkeiten aufstellen, das Entscheidende wird doch stets bleiben, wie hoch die Anleihegeber die deutsche Leistungsfähigkeit einschätzen, wie groß sie die in Deutschland zur Verfügung stehenden Sicherheiten für Zinsendienst und Amortisation einer solchen Anleihe ansehen. Denn die Größe der auf dem Finanzmarkt zu realisierenden internationalen Anleihe bestimmt das was praktisch an Zahlungen an Frankreich und Belgien geleistet werden kann.

Die Rede des deutschen Außenministers Rosenberg hat mit aller wünschenswerten Klarheit der Welt die Grundlinien der deutschen Reparationspolitik erneut vor Augen

Die Ausweisung des Fürsten Hatzfeldt gegen Englands Willen.

EE Paris, 18. April.

Zu der von der Rheinlandkommission beschlossenen Ausweisung des Fürsten Hatzfeldt erfährt Pertinax im „Echo de Paris", daß diese Maßnahme bereits gelegentlich der Brüsseler Konferenz am 12. März zwischen Poincaré und Theunis beschlossen worden war. Die Anwendung wurde aber verzögert, **weil man die Zustimmung der englischen Regierung einzuholen versuchte, was aber nicht gelang.** Am letzten Sonnabend gelegentlich der Pariser Konferenz entschloß man sich, eine Abstimmung in der Rheinlandkommission herbeizuführen. Der Beschluß der Rheinlandkommission wurde mit Stimmenmehrheit gefaßt. Damit verschwinden, wie Pertinax erleichert aufruft, die letzten Spuren der französisch-englisch-amerikanischen Abmachung vom 28. Juni 1919, die Frankreich von Wilson auferlegt war und die es Frankreich zur Pflicht machte, im besetzten Gebiet die Freiheit des Deutschen Reiches zu respektieren, d. h. in der Auslegung von Pertinax: Die Besetzung „oberflächlich und unwirksam" zu gestalten. Nunmehr aber werde eine neue alliierte Politik beginnen, der das Reich nur dann Widerstand leisten könne, wenn es seinen Selbstmord beabsichtige . . .

Um Artikel 260 des Versailler Vertrages.

Auslegung durch Schiedsspruch.

Paris, 17. April.

Die Reparationskommission beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit den Kosten für die Besatzungsheere. Sie hat jedoch angesichts der noch nicht beendeten Verhandlungen zwischen den alliierten europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten keine Entscheidung getroffen.

Die Kommission verhandelte hierauf über die Auslegung des Artikels 260 des Friedensvertrages von Versailles betreffend die Uebertragung der deutschen Rechte und Interessen aller deutschen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland, China, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, der Türkei usw. an die Reparationskommission. Da die Auslegung, die die deutsche Regierung diesem Paragraphen gibt, einschränkender ist als die der Reparationskommission, namentlich was die deutschen Eisenbahnen in der Türkei betrifft, hat die Reparationskommission beschlossen, diese Frage einem Schiedsspruch zu unterwerfen.